Kassel documenta Stadt

AfD
Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung

Rathaus, 34112 Kassel
Telefon 0561 787 3265
Telefax 0561 787 3266
stadtverordnete@ks.afd-hessen.de

22. August 2019

Vorlage Nr. 101.18.1425

Resolution gegen den Gesetzesentwurf und das Landesprogramm „Starke Heimat Hessen“

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Den einstimmigen Beschluss und die Positionierung des Präsidiums und des Hauptausschusses des Hessischen Städte- und Gemeindebundes vom 06. bzw. 27. Juni 2019, das Landesprogramm der Landesregierung "Starke Heimat Hessen" abzulehnen, unterstützt die Stadtverordnetenversammlung ausdrücklich.

   Positionierung des Präsidiums und Hauptausschusses des Hessischen Städte- und Gemeindebundes:

   „Das Präsidium des Hessischen Städte- und Gemeindebundes lehnt das Landesprogramm „Starke Heimat Hessen“ einstimmig ab. Bei den durch den Wegfall der erhöhten Gewerbesteuerumlage freiwerdenden Mitteln handelt es sich um kommunales Geld, das uneingeschränkt bei allen Kommunen zu verbleiben hat.“

   Quelle: https://www.hsgb.de/pdf/blog/2989/1827

2. Die Stadtverordnetenversammlung plädiert gegen eine hessische Gesetzgebung zur Einführung einer Heimatumlage als Ersatz für die zum Jahresende 2019 auslaufende bundesweite Regelung zur erhöhten Gewerbesteuerumlage. Die frei werdenden Mittel sollen zu 100% den Gemeinden belassen werden.
3. Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Hessischen Landtag sowie die Hessische Landesregierung auf, den eingebrachten Gesetzesentwurf der hessischen Landtagsfraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

(Drucksache HLT 20/784) bzw. das Landesprogramm „Starke Heimat Hessen“ abzulehnen bzw. von diesem abzusehen.

4. Darüber hinaus appelliert die Stadtverordnetenversammlung an den Magistrat der Stadt Kassel, sich in allen Bereichen für eine Verhinderung der Umsetzung des Landesprogramms „Starke Heimat Hessen“ einzusetzen.
5. Den bestehenden Gemeindefinanzausgleich, nach dem die Gemeinden aufgrund des § 6 GFRG Abs. 1 (Gemeindefinanzreformgesetz) umlagepflichtig sind, erachtet die Stadtverordnetenversammlung als völlig ausreichend.

Begründung:

Die Gewerbesteuer ist eine originär gemeindliche Steuer, die den Städten und Gemeinden zu belassen ist. Es handelt sich bei der erhöhten Gewerbesteuerumlage, welche die Kommunen abzuführen haben, um eine bundesgesetzliche Regelung, die zum 31. Dezember 2019 auslaufen wird.

Der Bundesgesetzgeber hat somit in der Neufassung des § 6 GFRG eine klare Regelung zu Gunsten der Kommunen zur Stärkung der Finanzkraft der Gemeinden getroffen. Es war und ist der Wunsch der Hessischen Landesregierung, dass es hier zu einer Anschlussregelung kommt, die aber seitens des Bundes nicht erfolgt ist.

Somit stellt die Absicht des Landes Hessen mit dem Gesetzgebungsverfahren zum Programm „Starke Heimat Hessen“ eine eigene Anschlussregelung dar, welche nicht im Interesse der Gemeinden ist und einen Zugriff durch das Land auf die frei werdenden gemeindlichen Mittel ermöglichen soll.

Auch wenn die Mittel wieder an die Kommunen zurückfließen sollen, ist dieses jedoch an Bedingungen und Antragsverfahren gebunden, die den kommunalen Verwaltungen die freie Verfügung über eingenommene Steuern nimmt und obendrein die parteipolitische Agenda von CDU und Grünen über die Art der Mittelverwendung stülpt
(nachzulesen im Koalitionsvertrag CDU/Grüne 2019, Rz. 7345).

Dies bedeutet somit eine neue landesgesetzliche Regelung, die gravierend in die kommunale Selbstverwaltung bzw. Selbstverantwortung eingreift und damit verfassungsrechtlich höchst kritisch zu bewerten ist. Das Land Hessen hat mit den bereits bestehenden Umlage- und Finanzausgleichssystemen genügend Grundlagen geschaffen, um Aufgaben der Städte und Gemeinden solidarisch zu finanzieren. Hierzu bedarf es keiner neuen zusätzlichen Umlage.

Auf kommunaler Ebene haben sich bereits viele Oberbürgermeister, Bürgermeister und Stadtkämmerer gegen die Heimatumlage ausgesprochen, so z.B.

Frankfurt am Main, Bürgermeister und Stadtkämmerer Uwe Becker
Wiesbaden, Stadtkämmerer Axel Imholz
Kassel, Oberbürgermeister Christian Geselle

Darmstadt, Oberbürgermeister Jochen Partsch und Stadtkämmerer André Schellenberg
Offenbach am Main, Bürgermeister und Stadtkämmerer Peter Freier
Hanau, Oberbürgermeister Claus Kaminsky
Fulda, Oberbürgermeister Dr. Heiko Wingenfeld
Neuhof, Bürgermeister Heiko Scholz
Hünfeld, Bürgermeister Stefan Schwenk
Feldatal, Bürgermeister Leopold Bach
Friedrichsdorf, Bürgermeister Horst Burghardt
Limburg, Bürgermeister Marius Hahn

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Michael Werl

gez. Michael Werl
Fraktionsvorsitzender